EU soll sich stärker für den Umweltschutz engagieren



Der Umweltschutz ist eines der Themen, das den Europäern besonders am Herzen liegt. Gemäß einer Eurobarometer-Umfrage, die vom EU-Parlament in Auftrag gegeben wurde, würden sich zwei Drittel der EU-Bürger wünschen, dass die EU im Bereich des Umweltschutzes noch stärker tätig wird. Lesen Sie in unserem Artikel, welche Maßnahmen die EU bereits setzt und welche Initiativen geplant sind, um die menschliche Gesundheit zu schützen, die Biodiversität zu erhalten und den Klimawandel zu bekämpfen.

67 Prozent der EU-Bürger vertreten die Ansicht, dass sich die Europäische Union für den Umweltschutz stärker engagieren solle. Mehr als die Hälfte der Unionsbürger (52 Prozent) halten die aktuellen Maßnahmen der EU für unzureichend.
Die EU-Umweltpolitik trägt zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft, zum Naturschutz, zum Schutz der Gesundheit und zur Sicherung der Lebensqualität der Bürger bei. Die Europäische Union ist befugt, in allen Bereichen der Umweltpolitik, zum Beispiel Luft- und Wasserverschmutzung, Abfallentsorgung und Bekämpfung des Klimawandels, tätig zu werden.

Der Vorsitzende des Umweltausschusses Giovanni La Via (EVP) aus Italien betont: "Wir teilen die Sorgen der Bürger, die in der Eurobarometer-Umfrage zum Ausdruck kommen und sind aus diesem Grund sehr engagiert, an neuen politischen Maßnahmen und Vorschlägen zu arbeiten, um den Klimawandel zu bekämpfen und die Umwelt zu schützen. Nach dem historischen Abkommen von Paris haben wir nun zahlreiche ehrgeizige Ziele vor uns. [...] Die Europäische Union hat das Abkommen entscheidend beeinflusst und entwickelt nun alle Politiken und Maßnahmen, um das Abkommen effizient umzusetzen [...]"

Beispiele der EU-Umweltpolitik

Natura 2000 ist das größte koordinierte Netzwerk von Naturschutzgebieten der Welt. Es umfasst über 18 Prozent des Festlandes der EU und beinahe 6 Prozent der Meeresgebiete.
Die EU setzt das Klimaabkommen von Paris unter anderem durch eine Reform des EU-Emissionshandelssystems (EU-EHS) um. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um mindestens 40 Prozent (gegenüber dem Stand von 1990) zu senken. Des Weiteren fördert die EU-Gesetzgebung erneuerbare Energiequellen, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Das Parlament und der Ministerrat haben vor Kurzem eine informelle Einigung über die Verringerung der nationalen Emissionen bestimmter Luftschadstoffe (darunter Stickstoffoxide (NOx), Feinstaub und Schwefeldioxid) bis 2030 erzielt. Das Parlament hat einen Untersuchungsausschuss zum Skandal um manipulierte Abgastests in der Automobilindustrie eingesetzt.
Während der Plenartagung im Juli haben die EU-Abgeordneten den Standpunkt des Parlaments bezüglich geplanter neuer und verbindlicher Regeln zur Energieeffizienzkennzeichnung von Haushaltsgeräten angenommen.

Eine der Prioritäten der EU-Umweltpolitik ist auch die Erreichung einer Kreislaufwirtschaft, die mit Hilfe innovativer Produktgestaltung und Wiederverwendung Ressourcen bewahren soll. Die EU-Abgeordneten arbeiten an Gesetzen für ein

verbessertes Abfallmanagement.
Mithilfe der Anti-Plastiktüten-Richtlinie soll der Verbrauch von Plastiktüten drastisch eingedämmt werden.

Umfrageergebnisse in Deutschland
64 Prozent der befragten Deutschen sind für ein stärkeres Engagement der EU im Bereich des Umweltschutzes. 50 Prozent der Umfrageteilnehmer bezeichnen die aktuellen Maßnahmen der EU als unzureichend.

Foto: Launch of the new European Parliament logo;
© European Union 2015 - EP Paul-Henri SPAAK building : © Association des Architectes du CIC: Vanden Bossche sprl, CRV s.A., CD.